Protokoll 2/2017

Aufgenommen bei der am 15.03.2017 um 19:00 Uhr im Gemeindefestsaal stattgefundenen Gemeinderatssitzung.

Anwesend:

Bgm. Haaser Josef als Vorsitzender, Bgm. Stv. Wimpissinger Manfred, GV Wimpissinger Martin, GR Danklmaier Agnes, GR Egger Josef, GR Fae Reinhard, GR Lettenbichler Josef, GR Lettenbichler Josef Alois, GR Madreiter-Kreuzer Sandra, GR Osl Thomas, GR Steiner Martin.

Nicht anwesend:

Weiters anwesend:

Gem.Sekr. Haselsberger Franz als Schriftführer.

4 Zuhörer.

Tagesordnung

- 1) Eröffnung und Feststellen der Beschlussfähigkeit.
- 2) Antrag zur Beschlussfassung eines Dienstbarkeitsvertrages mit Weiskopf Thomas zur unterirdischen Verlegung, Benützung und Erhaltung eines Starkstromkabels auf Gst. 612 auf Grund eines Eigentümerwechsels.
- 3) Antrag zur Auflage und Erlassung einer Änderung des Flächenwidmungsplanes von Verkehrsfläche in Kerngebiet der an Herrn Wimpissinger Andreas verkauften Teilfläche im Ausmaß von 18 m² aus der GP 618/2.
- 4) Neuerlicher Antrag auf Erlassung (Beharrungsbeschluss) der am 19.12.2016 beschlossenen Auflage und Erlassung eines Bebauungsplanes für den Planungsbereich „Fürth 4 – Kreuzweg“, GP 225/14 (Neu: 225/57), 225/15, 225/24 und 225/42 auf Grund einer eingelangten Stellungnahme.
- 5) Anträge, Anfragen, Allfälliges.

Erledigung

Pkt. 1 Eröffnung und Feststellen der Beschlussfähigkeit.

Um 19:00 Uhr begrüßt der Bürgermeister alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Pkt. 2 Antrag zur Beschlussfassung eines Dienstbarkeitsvertrages mit Weiskopf Thomas zur unterirdischen Verlegung, Benützung und Erhaltung eines Starkstromkabels auf Gst. 612 auf Grund eines Eigentümerwechsels.

Der Bürgermeister berichtet, dass der gegenständliche Dienstbarkeitsvertrag bereits mit Beschluss des Gemeinderates vom 30.06.2015 hinsichtlich des Voreigentümers Karl Weiskopf genehmigt wurde. Im Hinblick auf den Eigentümerwechsel betreffend die Liegenschaft in EZ 26 Grundbuch 83001 Angath aufgrund des Übergabs- und Pflichtteilsverzichtsvertrages vom 27.12.2015 ist jedoch eine neuerliche Beschlussfassung erforderlich.

Den Vertrag lässt der Bürgermeister durch die Reihen gehen.

Gegenüber dem ursprünglichen Vertrag gibt es außer dem Eigentümerwechsel keine Änderungen.

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Angath einstimmig den Dienstbarkeitsvertrag mit Herrn Thomas Weiskopf hinsichtlich der zugunsten der Gemeinde Angath einzuverleibenden Dienstbarkeit zur unterirdischen Verlegung, Benützung und Erhaltung eines Starkstromkabels samt Zubehör auf GST 612 in EZ Grundbuch 83001 Angath.

Pkt. 3 Antrag zur Auflage und Erlassung einer Änderung des Flächenwidmungsplanes von Verkehrsfläche in Kerngebiet der an Herrn Wimpissinger Andreas verkauften Teilfläche im Ausmaß von 18 m² aus der GP 618/2.

Die raumordnungsfachliche Beurteilung von DI Filzer wird vom Schriftführer vorgelesen.

Die Fläche ist allen Gemeinderäten bekannt und daher beantragt der Bürgermeister die Abstimmung über die Änderung des Flächenwidmungsplans. Diese brachte folgendes Ergebnis:

9 JA-Stimmen (Heimatliste ohne Bürgermeister, Zukunft Angath)

1 NEIN-Stimme (GR Lettenbichler Josef)

1 Enthaltung (Bgm. Haaser Josef)

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Angath mehrheitlich gemäß § 113 Abs. 3 und 4 iVm. § 71 Abs. 1 Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 – TROG 2016, LGBl. Nr. 101 und § 64 Abs. 1 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2006 – TROG 2006, LGBl. Nr. 27 den von DI Filzer ausgearbeiteten Entwurf über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Angath vom 13.03.2017, GZL FF042/17 durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Der Entwurf sieht eine Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Angath im Bereich des Grundstückes 618/2 von derzeit als Freiland gem. § 41 TROG 2016 gewidmet und als örtliche Straße kenntlich gemacht in künftig Kerngebiet vor.

Gleichzeitig wird gemäß § 113 Abs. 3 iVm § 71 Abs. 1 lit. A TROG 2016 der Beschluss über die dem Entwurf entsprechende Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Angath gefasst.

Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

Pkt. 4 Neuerlicher Antrag auf Erlassung (Beharrungsbeschluss) der am 19.12.2016 beschlossenen Auflage und Erlassung eines Bebauungsplanes für den Planungsbereich „Fürth 4 – Kreuzweg“, GP 225/14 (Neu: 225/57), 225/15, 225/24 und 225/42 auf Grund einer eingelangten Stellungnahme.

Der Bürgermeister berichtet, dass zumindest bei einem Gemeinderat mit Aussagen und Informationen eine unrichtige Vorstellung der Auswirkungen dieses Bebauungsplanes hervorgerufen wurde und dies war kausal für das Abstimmungsverhalten. Daher wurde der Beschluss auf Basis falscher Informationen gefasst und aus diesem Grund muss in dieser Angelegenheit noch einmal abgestimmt werden.

Anschließend erklärt der Bürgermeister anhand von Power-Point-Folien, dass auf Antrag von Herrn Bramböck zwei Baugrundstücke am Böschungsrand zur Autobahn zurückgewidmet und im Gegenzug dazu eine weiter von der Autobahn abgerückte Parzelle gewidmet wurde. Der Beharrungsbeschluss für die Änderung des Flächenwidmungsplanes und des Raumordnungskonzeptes wurde auf Grund einer eingelangten Stellungnahme in der Gemeinderatssitzung vom 19.12.2016 gefasst. In der Folge wurde ein Bebauungsplan erstellt, mit welchem auch die Zufahrtsbreite mit 4 Metern geregelt ist. Grundlage dafür war eine Auflage im Baubescheid aus dem Jahre 1982.

Zum Bebauungsplan ist am 26.01.2017 innerhalb offener Frist eine Stellungnahme vom Rechtsanwalt Dr. Buchauer als rechtsfreundlicher Vertreter von Frau Maria Pirchmoser eingelangt.

Auszugsweise liest der Bürgermeister Stellungnahmen des Raumplaners DI Filzer vom 22.02.2017 vor, wobei hervorgeht, dass die Ausführungen der Rechtsanwälte in sich widersprüchlich sind und ein falsches Bild der raumordnungsfachlichen Planungsinstrumente ÖRK, FWP und BP widergeben. Laut Dr. Buchauer würde die Erlassung des vorgeschlagenen Bebauungsplanes den Zielen der örtlichen Raumordnung entsprechen, wenn die Gemeinde Angath die Straßenteile um € 100,00/m² ankauft und für die Instandhaltung etc. künftig aufkommt und welche Festlegung zur Rücknahme des Einwandes für die Bebauung des Gst. Nr. 225/42 erforderlich ist. Als Lösung schlägt der Raumplaner vor, die Verfahren abzuschließen, um dem Bauwerber, den Neffen von Fr. Pirchmoser, Herrn Andreas Bramböck für den bereits im Juni 2010 die Raumordnungsverfahren gestartet wurden, die Möglichkeit einzuräumen, wenigstens im Frühjahr 2017 mit den Baumaßnahmen beginnen zu können. *(Anmerkung: diese Stellungnahme vom 22.02.2017 wurde allen Gemeinderäten anlässlich der Ladung zur GR-Sitzung vom 06.03.2017 übermittelt).*

Zusammenfassend berichtet der Bürgermeister, dass die Aufgabe von zwei Widmungen für den Erhalt einer Widmung sinnvoll erscheint. Seitens der Aufsichtsbehörde würde eine einvernehmliche Lösung unterstützt. Wesentlich ist jedoch, dass über die aktuelle Widmung

auf einer Teilfläche des Gst. 225/14 hinausgehende räumliche Entwicklung nur als gesamthafte Planung des gesamten Bereichs unter Beachtung der Erfordernisse der zweckmäßigen und bodensparenden Bebauung und unter Einbindung der WLVB erfolgen kann.

GV Wimpissinger erkundigt sich, wer einen Gemeinderat falsch informiert hat und berichtet, dass er diesbezüglich auch Beschwerde bei der Gemeindeaufsicht eingebracht hat. Laut Bürgermeister hat es in der letzten GR-Sitzung allgemein Informationen gegeben. Die Ursache dafür war, dass der Beschluss auf Grund falscher Annahmen erfolgt ist.

Auf Antrag von GV Wimpissinger erfolgt eine Sitzungsunterbrechung von 19:25 bis 19:27 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung gibt GR Egger zu bedenken, dass jedermann auf Grund der Länge des Verfahrens ausreichend informiert sein sollte und es auch keine neuen Aspekte für eine neue Abstimmung gibt.

GV Wimpissinger beantragt eine namentliche Abstimmung. Dies wird auch einstimmig beschlossen.

GR Lettenbichler Josef sen. legt Wert auf Protokollierung, dass er wissen möchte, wer falsch informiert wurde und welche Stellungnahme eingelangt ist. Laut Bürgermeister wurde dies bereits besprochen und die Stellungnahme wurde Herrn Lettenbichler per FAX übermittelt.

Abschließend beantragt der Bürgermeister die Abstimmung zur Erlassung (Beharrungsbeschluss) gem. § 66 Abs. 2 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2016 – TROG 2016, LGBl. Nr. 101 den von DI Filzer ausgearbeiteten Entwurf eines Bebauungsplanes vom 03.10.2016, GZl. FF121/16, wobei mit diesem Abänderungsbeschluss – welcher aus den bereits erläuterten Gründen noch einmal gefasst wird – der Erlassungsbeschluss vom 06.03.2017 (TOP 9) hinfällig ist.

Die namentliche Abstimmung brachte folgendes Ergebnis:

GV Wimpissinger Martin nein, es ist keine neue Stellungnahme eingelangt und er ist mit dem Abänderungsbeschluss nicht einverstanden.

GR Madreiter-Kreuzer Sandra:	nein, es gibt keine neuen Fakten
GR Egger Josef:	nein, keine Änderung seit dem letzten Beschluss
GR Danklmaier Agnes:	nein, keine neue Stellungnahme
GR Lettenbichler Josef:	nein, keine neue Stellungnahme
GR Steiner Martin:	ja
GR Osl Thomas:	ja
GR Fae Reinhard:	ja
GR Lettenbichler Josef Alois:	ja
Bgm.Stv. Wimpissinger Manfred:	ja
Bgm. Haaser Josef	ja

Der Gemeinderat der Gemeinde Angath beschließt somit mehrheitlich die Erlassung (Beharrungsbeschluss) gem. § 66 Abs. 2 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2016 – TROG 2016, LGBl. Nr. 101 den von DI Filzer ausgearbeiteten Entwurf eines Bebauungsplanes vom 03.10.2016, GZl. FF121/16, wobei mit diesem Abänderungsbeschluss – welcher aus den bereit erläuterten Gründen noch einmal gefasst wird – der Erlassungsbeschluss vom 06.03.2017 (TOP 9) hinfällig ist.

Pkt. 5 Anträge, Anfragen, Allfälliges.

- a) Der Bürgermeister weist darauf hin, dass Aufsichtsbeschwerden bei der Gemeinde und nicht bei der Bezirkshauptmannschaft einzubringen sind. Dies ist in der TGO so geregelt.
- b) Bei einer Verhinderung oder Befangenheit nach § 34 TGO ist dies unter Angabe eines wichtigen Grundes unverzüglich dem Gemeindeamt bekannt zu geben. Der Bürgermeister beurteilt, ob ein solcher vorliegt und nur das Vorliegen eines wichtigen Grundes verpflichtet den Bürgermeister zur Ladung des Ersatzmitgliedes.
- c) Zur Anfrage des Bürgermeisters an GV Wimpissinger Martin, ob er von seinem Dienst für Sitzungen freigestellt wird, erklärt dieser, dass dies vom Dienstgeber entschieden wird.
- d) GR Lettenbichler Josef sen. regt die Schotterung des Wehrweges vom Anwesen Taxacher bis zur Wehranlage an.
- e) GR Lettenbichler Josef sen. regt betreubares Wohnen im Kammerhof an und schlägt eine Konzepterstellung für alle drei Gemeinden der Pfarrgemeinde vor.
- f) GR Lettenbichler Josef sen. erkundigt sich nach dem Grund der Sperre des Ochsenalweges. Laut Bürgermeister ist dies auf Grund von Holzschlägerungen erfolgt und die Sperre wurde vorher angekündigt.
- g) GV Wimpissinger erkundigt sich bezüglich Asphalt Schäden nach der Verlegung der LWL-Leitungen. Laut Bürgermeister wird der Gemeindegewerkschafter die Künetten anschauen und wenn es Mängel gibt, müssen die Asphaltierungsschäden saniert werden.
- h) GV Wimpissinger zitiert aus dem Protokoll des Hochwasserausschusses, dass in der Sitzung vom 15.02.2017 festgelegt wurde, diesen Ausschuss mit folgenden Personen zu erweitern: Wimpissinger Martin, Horngacher Georg und Ehrenstrasser Georg.
In diesem Zusammenhang berichtet er, dass er zu einer Exkursion nicht eingeladen wurde und auf Grund eines Mails der Gemeinde informiert wurde, dass die Einladung nur an die stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses ergangen ist, wobei die Zukunft Angath durch Herrn Dr. Rainer Naderer vertreten ist.
Dazu ergänzt der Bürgermeister, dass der Hochwasserausschuss vom Gemeinderat festgelegt wurde und vom Gemeinderat weitere Personen mit beratender Funktion nominiert oder vom Ausschuss fallweise nach Bedarf zur Beratung beigezogen werden können. Stimmberechtigt in diesem Ausschuss sind: Bgm. Josef Haaser, GR Thomas Osl, GR Josef Lettenbichler und Dr. Rainer Naderer. Sollte GV Wimpissinger bei der Exkursion mitfahren wollen, ist dies sicherlich möglich.
Abschließend erklärt GV Wimpissinger, dass er sich aus dem Hochwasserausschuss zurückziehen wird.
- i) GV Wimpissinger ersucht den Bürgermeister, sich bezüglich Freistellung für Sitzungen bei seinem Dienstgeber zu informieren, da er als Triebwagenführer keine ortsgebundene Arbeitsstelle hat.

Um 19.55 Uhr bedankt sich der Bürgermeister für die Mitarbeit und schließt die Sitzung.

f.d.R.d.A.